

Rede des innenpolitischen Sprechers der SPD-Landtagsfraktion Thomas Stotko zur Einbringung des Gesetzes zur Änderung des LPVG am 14.04.2011

(Es gilt das gesprochene Wort)

Anrede

Im Jahr 2007 hat die abgewählte Landesregierung den ersten Schritt getan – zu ihrer Wahlniederlage im Mai 2010. Denn das Schleifen der Mitbestimmung, das „Oben sticht Unten“, die Einschränkung der Beteiligungsrechte, das Degradieren von Arbeitnehmern zu Befehlsempfängern, das war der Anfang vom Ende der Ära Rüttgers/Wolf – zu Recht.

Als der vom FDP-Innenminister Wolf getragene Gesetzesentwurf zum LPVG hier im Plenum diskutiert wurde hatte mein hochgeschätzter Kollege Karsten Rudolph wohl seine Kristallkugel befragt, als er am 7. März 2007 ihnen gesagt hat:

„Sie müssen in der Tat aufpassen, dass Sie bei der nächsten Landtagswahl nicht von den Wählerinnen und Wählern weggepustet werden

Und – weg waren Sie!

Nun liegt uns der Gesetzesentwurf vor und er ist ein großer Schritt auf dem Weg, wieder Mitbestimmungsland Nummer 1 zu werden. Diesen Titel hatte NRW vor der Kurzära Rüttgers und wir werden ihn in der langen Ära der Regierung Kraft zurück erobern.

Ich möchte ausdrücklich betonen, dass wir bei diesem Gesetzesentwurf großen Wert darauf gelegt haben, die Betroffenen zu Beteiligten zu machen. Deshalb hat es zahlreiche Gespräche gegeben, 22 mit dem Ministerium, über 30 mit unserer Fraktion und als Novum eine Beteiligung vor dem Referentenentwurf durch ein Eckpunktepapier, also eine Anhörung vor der Anhörung. Das war anders als beim LPVG 2007, welches in einer Nacht-und-Nebel-Aktion durchgepeitscht wurde.

Unser Prozess war nicht immer einfach, er war sehr zeitraubend und – auch hier im Dezember im Plenarsaal – manchmal von Missverständnissen geprägt. Aber, wie hat es die verdi-Vorsitzende Gabriele Schmidt so schön gesagt: „Ein solches Verfahren müssen wir alle erst noch lernen“.

Was steht aber jetzt am Ende des Verfahrens als Gesetzesentwurf vor uns:

Endlich wieder eine breite Einbindung der Personalräte, bessere Freistellungsstaffeln, mehr Mitbestimmung, mehr Mitwirkung und – es ist ein LPVG auf dem Weg zu 2007 + X. Denn es beschränkt sich nicht nur auf die Wiederherstellung des Rechtszustandes vor 2007.

Mit dem Wirtschaftsausschuss, dem gemeinwohlorientierten Initiativrecht oder auch der Stärkung der Jugend- und Auszubildendenvertretung und in vielen anderen Punkten gehen wir über das 2007er-LPVG hinaus und machen damit unseren Willen deutlich, NRW wieder zum Mitbestimmungsland Nr. 1 zu machen.

Das ist auch dringend notwendig, denn überall wo ich engagiert war, konnte ich eines immer feststellen: wenn man sich mit den Menschen, den Mitarbeitern gemeinsam, um die Zukunft des Unternehmens kümmert, kommt dabei was rum.

Gerade in der heutigen Zeit, wo auch die öffentliche Hand jeden Tag vor neuen Herausforderungen steht setzen wir auf die Kompetenz und die Erfahrungen der Kolleginnen und Kollegen. Personalräte müssen wieder stärker als Partner bei der Organisation einer guten modernen Verwaltung wahrgenommen werden.

Denn: wir brauchen die Partizipation derjenigen, die die Werte schaffen!

Wie war das Echo 2007?

Vernichtend, „sizilianisches Verhältnis zur Wahrheit“, „Koalition baut Mitbestimmung ab“ waren noch nette Worte.

Wie ist das Echo heute?

„Erhebliche Verbesserung gegenüber altem LPVG“ sagt der DGB, der dbb „begrüßt den bisherigen Prozess“, ich war in den letzten Wochen auf ca. 30 Veranstaltungen zum LPVG, überall breite Zustimmung.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass es - insbesondere bei verdi - noch viele Wünsche gibt, teilweise getragen von einer DGB-Stellungnahme. Ich sage an dieser Stelle ebenso deutlich wie bei allen Veranstaltungen, dass die SPD-Fraktion sich noch für einen Änderungsantrag einsetzen wird, der Teile dieser Forderungen aufgreift. Dazu dient die Beratung im Innenausschuss und insbesondere die morgen zu beschließende Anhörung am 12. Mai. Bis zur Sitzung des Innenausschusses am 09. Juni – und natürlich darüber hinaus - werden wir daher weiter auf Augenhöhe mit den Betroffenen diskutieren.

Herr Engel, sie haben 2007 beim Schleifen des LPVG hier im Plenarsaal gesagt, „die Aufregung würde sich bald legen“, - hat sie aber nicht, ich befürchte also, Ihnen muss ich die Hand nicht reichen, um gemeinsam mit uns NRW wieder zum Mitbestimmungsland Nummer 1 zu machen,

Aber Herr Biesenbach, ich würde mich sehr freuen, wenn die CDU sich in dieser Periode von der FDP lösen könnte und gemeinsam mit uns das LPVG trägt. Zumindest der CDA-Landesvorsitzende Herr Brauksiepe hat in Recklinghausen ein „Mehr“ als der Gesetzesentwurf gefordert, Herr Preuß war dort ja auch dafür, und nach der persönlichen Erklärung vom 19. September 2007 hier im Parlament, wonach Ihnen die Eindämmung der Mitbestimmung zu weit ging, dürften ja auch die Kollegen Klöpfer, Kleff, Tenhumberg, Solf und Post uns unterstützen.

Wir freuen uns daher auf die Beratungen im Ausschuss.